

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 1,20 M. In den übrigen Bezirken des Reichs 1,30 M. Für den Ausland-Vertrieb 2,00 M. In den übrigen Bezirken des Reichs 1,50 M. Für den Ausland-Vertrieb 2,50 M. In den übrigen Bezirken des Reichs 1,50 M. Für den Ausland-Vertrieb 2,50 M.

Die abgegebene Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Druck- und Anzeigenkosten. Kleine Anzeigen: Das festschreibende Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Druck- und Anzeigenkosten. Besondere Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 3,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in den Anzeigen: das festschreibende Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4640, 4921

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Partei Stegerwald

Auf dem christlichen Gewerkschaftskongress, der vom 20. bis zum 24. November in Essen getagt hat, ist der ehemalige Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der jetzige preussische Wohlfahrtsminister, Adam Stegerwald, mit dem Plan aufgetreten, eine neue Partei zu gründen. Was er nach den Berichten der Presse dazu ausgeführt hat, ist stellenweise reichlich dunkel. In der Entschiedenheit, die zu dieser Frage in Essen gesagt wurde, heißt es:

Der zehnte Kongress der christlichen Gewerkschaften lehnt jede weitere klassenmäßige Parteispaltung und damit die Bewegungen nach einer besonderen christlich-nationalen Arbeiterpartei ab. Die Partei der deutschen Erneuerung muß alle schaffende Arbeit von Stadt und Land, von der Werkstatt, des Handwerks wie des Künstlers und des Gelehrten unter dem Wappenspruch des Wirkens am Gesamtwohl zusammenfassen.

Stegerwald will, das mag zur Erläuterung der vorstehenden Sätze dienen, eine „einheitliche und politische geschlossene Ideengemeinschaft zwischen der gemäßigten Arbeiterbewegung Deutschlands auf der einen Seite und allen übrigen Volksgenossen, die in gleichem Sinne wie wir an Deutschlands Wiederaufbau und Erneuerung arbeiten wollen, auf der andern Seite“. Das Wesen dieser „starken christlichen Volks- und Mittelpartei“ kennzeichnet Stegerwald durch die vier Begriffe: deutsch, christlich, demokratisch, sozial. Ihre Notwendigkeit begründet er so: „Erstens ist die Partei geboten, wenn der Wiederaufbau Deutschlands in wirtschaftlicher, staatlicher, sozialer und kultureller Hinsicht gelingen soll. Zweitens kann der evangelische Volksteil aus sich heraus diese Partei nicht schaffen, dafür streben in ihm die Kräfte zu stark auseinander. Drittens ist der katholische Volksteil allein für eine starke Mittelpartei ebenfalls nicht imstande, insbesondere auch deshalb, weil er durch die Gebietsabstufungen stark geschwächt ist. Und so ist denn viertens, wenn das große Ziel gelingen soll, eine politische Zusammenfassung der positiven staatlichen und christlichen Kräfte im katholischen und evangelischen Lager das Gebot der Stunde.“

Hierzu vorab einige geschichtliche Erinnerungen. Die Geburt des Zentrums im Jahre 1870 war eine schwere Sache. Die Erfahrungen mit der katholischen Fraktion der fünfziger und sechziger Jahre ermutigten keineswegs zur Wiederholung des Versuchs, Staat und Gesellschaft durch eine konfessionelle Partei zu retten. Das Zentrum blieb zunächst nach seinem Programm und seiner Zusammenfassung ein recht zweifelhaftes Gebilde, über dessen Lebensfähigkeit selbst die Gründer der Partei sich erhebliche Sorgen machten. Leute wie die beiden Reichensperger und Mallinckrodt richteten denn auch von vornherein ihr Auge über den engeren konfessionellen Bereich hinaus auf ein Zusammenwirken mit Gesinnungsgenossen des anderen Bekenntnisses. Am 25. April 1871 berätet August Reichensperger in seinem Tagebuch von einer Zusammenkunft katholischer Parteiführer mit Verlaß, dem konservativen Parteihauptling. Und er berichtet weiter: „Heute brachte ich von Verlaß in unsere Fraktion, wo eine Art Fraternalisierung auf dem allgemeinen christlichen Boden stattfand.“ Auf einem Gastmahl bei dem Hauptleiter der „Kreuzzeitung“ machte Reichensperger um diese Zeit die Erfahrung, daß in den Tagesfragen durchweg Einverständnis zwischen den konservativen und katholischen bestesse. Mallinckrodt erzählt im Februar 1872 von einem zu Ehren Windhorsts veranstalteten Festmahl, zu dem auch konservative Abgeordnete erschienen waren. Und als dann Verlaß, der später endgültig zum Zentrum übertrat, wieder einmal als Gast einer Sitzung der Zentrumsfraktion heimwachte und dort eine Ansprache hielt, erwiderte Peter Reichensperger, daß „alles, was noch wahrhaft konservativ und echt christlich gläubig sei in Deutschland, sich einigen sollte mit dem Zentrum zur gemeinsamen rettenden Aufgabe.“

Herr Stegerwald kann sich also, wie man sieht, auf berühmte Vorbilder in seiner Partei berufen, wenn er zur Sammlung aller positiven christlichen und wahrhaft staatshaltenden Elemente aufruft. Damals ist diese Sammlung nicht zustande gekommen. Der törichte Kulturkampf sicherte dem Zentrum Zusammenhalt, Wachstum und Macht; es wurde, begünstigt durch die Parteiverhältnisse und geleitet von klugen Führern, später auf lange Zeit ausschlaggebende, regierende Partei im Reich. Die Sammlungsrufer aus den Reihen des Zentrums taugten wieder auf, als die Sozialdemokratie immer bedrohlicher in die Zentrumsgebiete einrückte als nach dem Abbau der kirchenpolitischen Gesetze aus den sechziger Jahren der Zusammenhalt im Zentrum sich lockerte, als wirtschaftliche und soziale Strebungen und Bestrebungen gegensätzlicher Art die katholische Gefolgschaft aufwühlten. Da kam am 1. März 1906 aus dem Westen, wo sich die Räte des Zentrums am deutlichsten bemerkbar machten, Julius Bacher mit seinem Warn- und Sammelruf: „Wir müssen aus dem Turm heraus!“ Da kam im Januar 1911 aus der Generalsammlung des

Die Einheitsfront der agrarischen Reaktion

Der Reichs-Landbund

Unter klingendem Jubel gibt die „Deutsche Tageszeitung“ an der Spitze ihrer heutigen Morgenausgabe in fetten Letztern bekannt, daß die Einigungsbewegung in der deutschen Landwirtschaft zum Abschluß gekommen ist durch die Verschmelzung des „Bundes der Landwirte“ mit dem „Deutschen Landbund“. Unter dem Namen Reichs-Landbund wird die neue Organisation der agrarischen Reaktion am 1. Januar 1921 ihre Tätigkeit aufnehmen. Der Zweck des Bundes ist ein wirtschaftlicher und ein politischer zugleich. Die „Deutsche Tageszeitung“ kennzeichnet ihn folgendermaßen:

„zum Wohle der deutschen Volkswirtschaft, die wirtschaftspolitischen Interessen des gesamten deutschen Landvolkes zur Sicherung seiner vollen Gleichberechtigung auf allen Gebieten und zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu wahren, insbesondere auch der Landwirtschaft eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung in allen aus öffentlichen Wahlen hervorgehenden Körperschaften zu verschaffen.“

Die Verschmelzung erfolgte auf der Grundlage völliger Parität der beiden vertragschließenden Teile. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt vom Deutschen Landbund u. a. Freiherr v. Ritzhosen und v. Schwerin, vom Bund der Landwirte Freiherr v. Wangenheim und Dr. Köstler.

Es ist also alles beisammen, was die geistige Blüte der deutschen agrarischen Konterrevolution ausmacht. Kein Wunder daher, daß das Organ dieser Leute seiner Geltung in starken Worten Ausdruck gibt. Das Selbstbewußtsein des reaktionären Agrarierturns wächst. Was man vom „Bund der Landwirte“ zu halten hat, ist seit jeher bekannt. Den ausgesprochen konterrevolutionären Charakter des „Deutschen Landbundes“ aber kennzeichnet die „Deutsche Tageszeitung“ noch einmal durch eine kurze Darstellung seiner Entstehungsgeschichte und seines Aufgabebereiches. Er sei im Dezember 1918 geschaffen worden aus der Notwehr gegen die neuen Bedrängnisse des Landvolkes durch die Revolution und ihre Organe, zur Abwehr gegen die neuen revolutionären Gewalten. So sieht der Landbund aus.

Augustusvereins zur Pflege der katholischen Presse die Aufforderung des jetzigen Reichsarbeitsministers, damaligen Volksvereinsdirektors Brauns (M.-Glöckner), die Politik nicht ausschließlich auf das Zusammengehen mit den Konservativen zu richten, sondern „auch alles zutun um den rechtsstehenden liberalen Kreisen wieder Zusammengehen mit uns und den Konservativen nahe zu legen.“

Dementsprechend, meinte Brauns, müsse bei den Reichstags- und Landtagswahlen gehandelt werden. Das war der Hauptschmerz des Zentrums: seine Macht, seine Mandate, seine Wählerschaft vor der andringenden Sozialdemokratie zu retten. Und diese seine Sorge ist durch die Revolution, die mit den Klassenwahrheiten ausgeräumt, die die Parlamente und die Verwaltungen den Arbeitern weit geöffnet, die die Grundstücken des Bestehenden: Monarchie und Militarismus beseitigt hat, bis ins Unendliche vergrößert worden. Adam Stegerwald, der in erster Linie Zentrumsmann ist, bewegt sich in den Bahnen Reichenspergers, Bachers und Brauns, wenn er jetzt unter dem Zeichen des Wiederaufbaues zur Sammlung, zur Gründung seiner deutsch-christlich-demokratisch-sozialen Partei aufruft. Es besteht keine Aussicht, daß er seinen Plan verwirklicht sieht. Die Gründung einer Partei vollzieht sich nicht so leicht, und alles in allem: die Partei, die Herr Stegerwald vorstreckt, ist ein zu plötzliches und zu künstliches Gebilde, als daß es Aussicht auf Verwirklichung hätte — auch dann, wenn sich ein Mann von so viel Eifer, Einfluß und Fähigkeit wie Adam Stegerwald dafür einsetzt.

Vom evangelischen Volksteil behauptet Stegerwald, daß er nicht imstande sei, die neue Partei zu gründen, da bei ihm die Kräfte zu stark auseinander streben. Stegerwald ist Zentrumsmann und langjähriger christlicher Gewerkschaftsführer. Aus beiden Eigenschaften heraus sollte er wissen, wie stark im katholischen Volksteil, wie stark insbesondere im Zentrum selber die Kräfte auseinander streben. Er sollte weiter soviel Voraussicht haben, zu erkennen, daß gerade der Krieg mit seinen wirtschaftlichen Nöten die Gegensätzlichkeit der Interessen noch ganz erheblich auch im Zentrum steigert wird. Die Schwäche des evangelischen Volksteils ist auch auf der katholischen Seite vorhanden, und es

Daß er ein Hauptstützpunkt der Orgesch ist, versteht sich nach alledem von selbst. Dieser Umstand wirkt auch ein Schlaglicht auf die „verfassungsmäßigen Mittel“, mit denen der Reichs-Landbund nach seinem Programm sein Ziel verfolgen wird.

Wir erinnern uns, daß die neue Bewegung innerhalb des Agrarierturns der „Deutschen Tageszeitung“ zur Zeit ihrer Entstehung ein wenig unbehaglich war. Sie gesteht das heute ein, indem sie zugibt, daß diese neue Gründung die Gefahr einer organisatorischen Zerspaltung bedeutete. Daher setzten sofort Versuche ein, die beiden Ströme alsbald in ein gemeinsames Bett zu leiten. Sie mißlangen zunächst, da keiner der beiden Führergruppen ihre Macht an die andere abtreten wollte. Diese Differenzen sind nun beseitigt und „nach mühevollen Verhandlungen, die sich über länger als ein halbes Jahr erstreckten, ist das Einigungswerk nunmehr gelungen“, frohlockt die „Deutsche Tageszeitung“. Sie schließt ihren Artikel mit folgenden Worten:

„Die landwirtschaftliche Einheitsfront ist auf dem Marsche. Das in der Gründung des Reichs-Landbundes vollzogene Einigungswerk ist ein bedeutsamer Meilenstein auf dem Wege zu ihrer Vollenendung — auf dem Wege zum Wiederaufbau und zu neuer Gesundheit des großen deutschen Vaterlandes!“

Wie dieser „Wiederaufbau“ und diese „Gesundheit“ des großen deutschen agrarischen Vaterlandes aussehen wird, brauchen wir nicht darzulegen. Die Gründung des Reichs-Landbundes ist in der Tat ein Meilenstein auf dem Wege der Reaktion. Und dieser Weg führt aufwärts. Bourgeoisie und Agrarierturn beweisen täglich, daß sie ihren Klassenkampf mit weit mehr Einsicht führen als die Arbeiterklasse. Aus solcher Einsicht heraus kommen sie zur Geschlossenheit ihrer Organisation. Die Arbeiterklasse muß wissen, daß diese Organisationen von einem entschlossenen Willen getragen werden. Das Ziel ist bekannt. Die Arbeiterklasse kann es nicht verhindern, daß die Reaktion dieses Ziel erreicht, wenn sie den Prozeß der Selbsterkämpfung, den einzelne Gruppen der organisierten Arbeiterklasse mit wahrer Tollmut betreiben, forsetzt.

Die Erfassung des Brotgetreides. Eine Abordnung des bayrischen Städtebundes wurde beim bairischen Landwirtschaftsminister vorstellig und erhob die Forderung nach schärferer und rascherer Erfassung aller Brotgetreidevorräte bei den Erzeugern. Der Landwirtschaftsminister sicherte die strengste Durchführung der Mühlenkontrolle zu.

ist nicht einzusehen, wie eine Partei zustande kommen soll, die das Zusammenwirken zweier Volksteile, denen beide die Kraft zu einer Überwindung der Gegensätze sogar im eigenen Lager fehlt.

Und wer ist der eigentliche Träger des Gedankens der neuen, großen, christlich-nationalen Volkspartei? Die christliche Gewerkschaftsbewegung, die vor 25 Jahren sich auftrat, mit dem Anspruch, die Sozialdemokratie zu überwinden und auf christlich-nationaler Grundlage die deutschen Arbeiter einer herrlichen Zukunft entgegenzuführen. Und was ist sie heute? Von sechs Arbeitern, die sich gewerkschaftlich organisieren, geht immer nur noch einer ins christliche und gehen fünf ins sozialistische Lager. Hier getreten und da gestreift, sind die christlichen Gewerkschaften ein zwar nicht unbeachtliches, aber immer doch nur ein Anhängsel der großen durch die Sozialdemokratie und die freien Verbände bestimmten Arbeiterbewegung. Abhängig von dem Wohlwollen des Zentrums und des Klerus, sind sie selbst im katholischen Lager nur mit Widerwillen geduldet. Sie haben es nicht einmal verstanden, die christlichen Arbeiter des anderen Bekenntnisses in nennenswerter Zahl zu sich herüberzuführen. Und nun glauben sie, die Massen in Stadt und Land, alle schaffenden Kräfte in Wirtschaft und Wissenschaft zur großen Sammlung kommandieren zu können!

Die Reaktion in Deutschland wird sich zusammenschließen. Daran ist kein Zweifel. Dabei mag sich, denn alles ist in Fluß, eine Verschönerung, eine Annäherung der bürgerlichen Parteien aneinander, vielleicht auch eine Verschmelzung irgendwelcher nahe verwandter Richtungen vollziehen. Aber für die Verwirklichung der in Essen geglaubten, auf das Programm „deutsch, christlich, demokratisch-sozial“ getauften „großen und starken Volkspartei“ fehlen die Voraussetzungen und Möglichkeiten. Immerhin sind die von Essen ausgehenden Bestrebungen beachtenswert. Insbesondere auch für die Sozialdemokratie. Denn gegen sie richten sich letzten Endes diese Bestrebungen. Und auch wenn die neue Partei nicht zustande kommt, bleibt die Tatsache bestehen, daß die Reaktion von Stinnes bis zu Stegerwald sich rüftet und, wo es nur angeht, sich der Sozialdemokratie gegenüberstellen wird. Die Folgerung: geschlossene Kampffront der sozialistischen Arbeiterklasse! Sollte sich aus alledem von selbst ergeben.

Regierungsbildung in Sachsen

Die Richtlinien der U. S. P. als Grundlage

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Leipzig, 3. Dezember.

Auf Einladung der Rechtssozialisten hatten gestern in Dresden zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien Besprechungen stattgefunden über die politische Situation und die Regierungsbildung in Sachsen. Die von der U. S. P. vorgelegten und bereits veröffentlichten Richtlinien wurden nach längerer Aussprache als geeignete Grundlage für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung anerkannt. Die endgültige Entscheidung der Parteien bleibt späteren Verhandlungen vorbehalten, die am Sonntag resp. Montag stattfinden. An die Landesinstanzen der Kommunisten sind die Fragen gerichtet worden:

- a) ob sie gewillt seien, sich an der Bildung einer rein sozialistischen Regierung zu beteiligen,
- b) ob sie für den Fall der Ablehnung dieser Frage bereit seien, für den von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen vorgelegten Ministerpräsidenten zu stimmen, um die Wahl eines bürgerlichen Ministerpräsidenten zu verhindern.

Die Notlage der Beamten

Ein Vorstoß im Hauptausschuß

Im Hauptausschuß des Reichstags machte heute Genosse Zieg auf die Notlage der Beamten aufmerksam. Sie verwies auf die kritische Situation, die eine umgehende Stellungnahme erfordere, da sonst bedenkliche Folgen eintreten könnten. Die Beamten, die man bisher über die Teuerungszulage völlig im Unklaren gelassen habe, seien sehr erbittert. Die Erbitterung sei deshalb so groß, weil die Notlage eine außergewöhnlich große geworden ist und verschärft werde durch das rigorose Eingehen der Vorgesetzten. Die Beamten, besonders die Verkehrsbeamten, hätten erwartet, daß bis 1. Dezember etwas geschehen würde. Das sei nicht eingetreten. Die Verkehrsbeamten, die schon Aktionsausschüsse gebildet haben, wollten bis 6. Dezember Gewißheit haben. Es sei deshalb notwendig, daß sich der Hauptausschuß umgehend mit dieser Angelegenheit beschäftige.

Es folgte eine Aussprache, an der sich die Vertreter aller Parteien beteiligten und aus der sich ergibt, daß morgen unter Hinzuziehung der in Frage kommenden Herren des Verkehrsministeriums dieser Punkt als erster behandelt werden soll. Es wurde weiter mitgeteilt, daß sich gestern das Kabinett und auch die Regierungsparteien mit dieser Frage beschäftigt und den Ernst der Situation erkannt haben.

Genossin Zieg teilte dann noch mit, daß die Besoldungsordnung gestern im Unterausschuß die zweite Lesung vollendet hat, und daß der Hauptausschuß sich nun umgehend mit der Besoldungsordnung beschäftigen müsse. Auch das soll geschehen, und zwar sollen sich die Parteien so schnell wie möglich mit der Vorlage beschäftigen und den Vorstehenden des Hauptausschusses denachrichtigen, damit die Besoldungsordnung dann sofort im Ausschuß verhandelt werden kann. Die Unabhängige Fraktion wird einen Antrag zur Aufbesserung der Löhne der Staatsarbeiter einbringen.

Der Rußlandkenner

Wilmhelm Schumacher, der Mann des Zentralverbandes der Kaufleute und Industriellen, schreibt uns:

Betreffs des in Ihrem Blatte erschienenen Artikels für eine Verklammerung der Berliner Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der U. S. P. D. bitte ich um Aufnahme folgender Berichtigung:

Zur Rede des Genossen Abramowitsch in der Versammlung der Berliner Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der U. S. P. D. habe ich zu erklären, daß der erwähnte Bericht über meine Aussprache in Moskau in allen Punkten unrichtig wiedergegeben worden ist. Ich habe bei der Besprechung in Moskau nicht gesagt, daß die Verhältnisse noch schlimmer seien, als Dittmann in seinem Artikel behauptet hat, sondern ich habe lediglich davon gesprochen, daß die Verhältnisse im allgemeinen in Rußland gebessert werden müssen und habe hinzugefügt, daß eine Besserung nur erfolgen kann, wenn Rußland durch Wiederherstellung des Friedens an den inneren Aufbau gehen kann. In dieser Sitzung habe ich ferner festgestellt, daß auch der Genosse Abramowitsch den Standpunkt der Diktatur des Proletariats für

Die Papiere

Von Ignaz Wrobel.

Neulich las ich in der „Kreuzzeitung“ einen längeren Reklameartikel, der den jungen Deutschen die Herrlichkeit einer Reichswehrodenatensbahn erklärte. Abgesehen davon, daß darin stand, die Hauptingend des republikanischen Soldaten sei der Gehorsam (Water Gehler! Geheiligt werde Dein Name! Amen) — war aufgezählt, was der Soldatenaltpatent vor seinem Eintritt alles für Papiere vorzulegen hätte. Es waren herrliche Sachen dabei. Militärpapiere, Geburtsbescheinigungen, Polizeipapiere, Papiere, Papiere, Papiere. . . . Was soll das alles?

Der Reklameartikel verlangte von den Papieren, daß sie den Lebenslauf des einzustellenden Soldaten „lückenlos“ erzählten. Was soll das alles?

Die hohe Obrigkeit hat mit ihrem Papierfimmel ein ganzes Land angefleckt. Jeder Unternehmer, jeder Haushalt, jeder Arbeitgeber kann sich gar nicht mit der Vorlage von Papieren genug tun. Man muß den heiligen Ernst sehen, mit dem der Präsende die gestempelten Papiere aneinanderfaltet. Ein Papier, das nicht gestempelt ist, ist überhaupt feins.

Es ist einmal die lächerliche Abneigung vor sogenannten „vorbestraften“ Leuten, die diese Papierfucht großgezogen hat. Nun kann nicht oft genug wiederholt werden, daß die Tatsache einer deutschen gerichtlichen Bestrafung zunächst gar nichts helfen will. Dieser Staat hat so viele und so lächerliche Vorschriften erlassen, daß es ein großes Wunder ist, nur ein Sechstel seiner Gesamtbevölkerung — also von 60 Millionen 10 — bestraft zu sehen. Jeder kleine Dorfschulze läßt einen Paragraphen auf die Tafeln pappen, um die Notwendigkeit seiner eigenen Existenz darzulegen. Da die meisten dieser Paragraphen überflüssig und viele schädlich sind, so werden sie natürlich übertreten, manche Übertretung kommt heraus, und drei weiße Männer des Gerichts verdonnern den Missetäter. Oder einer hat in einer augenblicklichen Notlage gestemmt, um zu essen — und das hängt ihm nun sein ganzes Leben lang an. Er ist nun vorbestraft. Und hat einen Rechts in den Papieren. Und mit hochgezogenen Brauen lesens die Arbeitgeber und Marktallenfrauen. . . .

Das wäre also die eine Furcht, der Mann, der da vor dem Arbeitgeber steht, könne einmal in seinem Leben gefessen haben. Der Kenner des preussisch-deutschen Justizlebens kann da nur froh sagen: „Na wenn schon!“ Diese Richterurteile schaden viel, aber sie wiegen wenig.

Der zweite Grund, von jedem Menschen bei jeder Gelegenheit Papiere zu verlangen, liegt in einer ekelhaften Kleinbürgerlichen

Rußland aufrecht erhalten will, allerdings unter Wiedereinführung demokratischer Richtlinien. Auf meine direkte Frage, ob die Menschheit die kommunistische Staatsform stützen wollten, gab mir Abramowitsch zur Antwort: „Nein, das bedeutet ja die Wiedereinführung einer reaktionären kapitalistisch gebildeten Regierung.“ Im übrigen verweise ich darauf, daß auch der Genosse Abramowitsch nach den Zeitungsberichten erklärt hat: „Ob die Verhältnisse gut oder schlecht in Rußland sind, kann man nicht ohne weiteres mit ja oder nein beantworten.“

Zu der etwas verspäteten „Richtigstellung“ des Genossen Schumacher erhalten wir vom Genossen Abramowitsch folgende Erklärung:

Während unserer Moskauer Unterredung im Oktober dieses Jahres erzählte ich dem Genossen Schumacher, der damals keine Gelegenheit hatte, deutsche Zeitungen zu lesen, daß die Kommunisten in Berlin eine fürchterliche Hege gegen Genossen Dittmann wegen seiner Artikel über die deutschen Arbeiter in Kolumna veranstalten. Genosse Schumacher erklärte mir daraufhin, daß auch er Kolumna besucht und den Eindruck gewonnen habe, daß die Lage dort noch schlimmer sei, als Dittmann sie geschildert hatte, und daß er es nicht unterlassen würde, nach seiner Rückkehr nach Deutschland den deutschen Arbeitern darüber die ganze Wahrheit zu sagen, um sie vor der Einwanderung nach Rußland zu warnen. Ich teilte ihm im weiteren Gespräch mit, daß in den russischen Blättern eine Erklärung der in Kolumna zurückgebliebenen deutschen Arbeiter veröffentlicht wurde, in der Dittmann als böswilliger Verleumder hingestellt wurde. Daraufhin Schumacher mit verächtlicher Handbewegung: „Ach was, von diesen Zurückgebliebenen reisen schon wieder weitere 40 nach Deutschland.“ Ich zweifle keinen Augenblick, daß Genosse Schumacher als ehrlicher Mensch ohne weiteres zugeben wird, daß ich unser Gespräch hier wahrheitsgetreu wiedergegeben habe.

Aber genau daselbe habe ich ja auch in meinem Vortrag in der „Vorbereitung“ gesagt, wie das in der „Freiheit“ sehr klar zu lesen steht. (Selbst ist der „Freiheit“-Bericht in anderen Teilen nicht ganz einwandfrei und hat viele Druckfehler aufzuweisen.)

Warum wird nun meine Darstellung vom Genossen Schumacher als „in allen Punkten unrichtig“ bezeichnet? Nun, eben darum, weil sie zwar vollständig richtig, aber für ihn aus naheliegenden Gründen eben unbequem ist. Und wie wird diese Unrichtigkeit bewiesen? Sehr einfach: Indem Genosse Schumacher mit seinem einzigen Worte den Fall Kolumna erwähnt und die Aufmerksamkeit der Leser von diesem unbequemen Punkte auf allgemeine Betrachtungen über die Lage Rußlands abzuwenden sucht, die dadurch bequem sind, daß man durch diese Frage, weil sie kompliziert, der unangenehmen Pflicht entgehen ist, ja oder nein zu sagen.

In der gleichen Absicht hat er noch andere allgemein politische Fragen herangezogen, die mit der Sache gar nichts zu tun haben (Stellung zur gewaltsamen Niederwerfung des Bolschewismus, Diktatur des Proletariats). Nun bin ich gern bereit, zu bestätigen, daß er meine seinerzeitigen Ausführungen im großen und ganzen richtig wiedergegeben hat, aber was hat das alles mit den deutschen Arbeitern in Kolumna und der nicht eingehaltene Versprechung des Genossen Schumacher zu tun? R. Abramowitsch.

Der europäische Bankerott

Wie die englischen Blätter melden, erklärte Lloyd George in einer Rede vor Vertretern des Verbandes britischer Industrieller: Die europäischen Länder helfen sich nur durch die Banknotendruck weiter. Aber niemand kann dauernd einen Saß Papier auf dem Rücken tragen. Europa ist auf dem Wege zum Bankerott. Es kann nicht kaufen und nicht verkaufen. Europa steht vor unserem Schauenfenster, das mit den besten Waren angefüllt ist, die die Welt erzeugen kann. Es ist jedoch in Lumpen und seine Taschen sind nur mit Papier angefüllt. Europa muß sich aber zu einer vollen Börse emporarbeiten. Mit einer Handbewegung, die zugleich Verzweiflung und Verzweiflung ausdrückt, rief Lloyd George: Und da gibt es noch Leute in der Welt, die denken, je ärmer die europäischen Länder sind, um so reicher würden wir sein. Das heißt Mittel ist Frieden, und die Männer müssen verurteilt werden, die in der Welt mit Petrokumfannen umgehen und die Feuer des Krieges und der Unruhe schüren.

Fortdauer der irischen Unruhen

Die englische Polizei legt die Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der in England lebenden Sinnfeiner in großem Umfang fort, auch in Schottland werden diese Untersuchungen vorgenommen. In Glasgow wurden drei Iren und drei Irinnen verhaftet, in deren Wohnung man Waffen und Brennstoffe fand. Die Gräfin Martiewicz sollte in Dublin vor einem Kriegsgericht erscheinen, um sich gegen die Anklage der Beteiligung an einer Verschwörung zur Ermordung von Dienern der öffentlichen Ordnung zu verantworten. Sie weigerte sich jedoch, irgendwelche Antworten zu geben und erklärte, daß sie das Gericht nicht anerkenne, da seine Zusammenlegung ungesetzlich sei. Das Gericht entspreche nicht dem Willen des Volkes, sondern sei auf der Wacht der Feinde der irischen Republik begründet. Im Unterhause wurde gestern eine Interpellation, ob denn der Friede in Irland nicht wiederhergestellt werden könne, von Lloyd George dahin beantwortet, daß er Irland sobald als möglich pazifiziert sehen möchte. Lloyd George würde jeden Versuch willkommen heißen, der einen Waffenstillstand herbeiführen könnte.

Abkommen über Griechenland

Str. Paris, 3. Dezember.

Laut „Zeit Parisien“ sollen auf Drängen einiger Mitglieder des englischen Kabinetts insbesondere von Churchill, Lloyd George und Curzon jetzt bereit sein, die Vorschläge der französischen Unterhändler bezüglich des Verhaltens in der griechischen Frage im großen und ganzen gutzuheißen, so daß noch heute die Uebereinstimmung im Obersten Rat zu erwarten ist. Von französischer Seite ist nach diesem Blatt vorgeschlagen worden, sofort eine gemeinsame Warnung Englands, Frankreichs und Italiens an das griechische Volk zu richten, in der die Folgen der Rückkehr Konstantins ausmündergesetzt werden; zweitens werden die Alliierten, dem neuen Herrscher, wer er auch immer sein möge, mitteilen, welche Verpflichtungen Griechenland der Entente gegenüber hat. Er muß auch die Bedingungen der Curzonnote ausdrücklich anerkennen. Diese steht u. a. Amnestie für die Anhänger von Venizelos, Entfernung der in den Intrigen Konstantins verwickelten Offiziere und Beamten und ebenso ein Verbot des Verbleibens des früheren feindlichen Monarchen auf dem griechischen Thron vor. Ferner wird eine Polizei- und Finanzkontrolle verlangt und gewisse materielle Sicherheiten bezüglich der griechischen Nationalbank werden gefordert. Es wird angedeutet, daß der Vertrag von Sevres, namentlich Artikel 93, der die Einverleibung Smarnas in Griechenland bestimme, abgeändert werden solle. Zwangsmassnahmen würden getroffen, wenn die eben angeführten Verpflichtungen nicht eingehalten würden.

Der Streik in Norwegen

„Berlingske Tidende“ meldet aus Kristiania: Der Eisenbahnerstreik ist am Donnerstag zum Ausbruch gekommen. Der Postverkehr, der wichtigste Personenverkehr und die Versorgung mit Lebensmitteln werden aufrechterhalten. Sympathiestreiks der Transportarbeiter, der Hafenarbeiter, der Rüstungsschiffer und anderer Arbeitergruppen stehen in Aussicht. Das Ergebnis der Beratungen der Führer der Gewerkschaften wird heute, Freitag, veröffentlicht werden.

Der Befreier d'Annunzio

Bern, 3. Dezember.

D'Annunzio richtete von Fiume an das Trevisiner Volk eine Kundgebung, worin er ihm die Befreiung von der angeblühenden Bedrückung durch die Schweiz und den Anschluß an Italien in nahe Aussicht stellt. Die schweizerische Presse lehnt diesen neuen Uebergriff des italienischen Diktatoroffiziers als lächerliche Annäherung ab. Der Chef des eidgenössischen politischen Departements gibt bekannt, daß angebliche amtliche Schritte von schweizerischer Seite gegen das Vorgehen d'Annunzios vollkommen überflüssig erscheinen, da nicht nur die italienische Regierung, die sich zur Blodierung d'Annunzios in Fiume gezwungen sieht, sondern auch die große Mehrheit des italienischen Volkes den Plan d'Annunzios vollständig fernhalte.

Nach Meldung der „Epoca“ aus Triest hat d'Annunzio das Ersuchen des Generals Cavaglia zur Räumung der Insel Veglia und Arbe abgelehnt und angefragt, ob das Ersuchen als Ultimatum angesehen werden müsse. In diesem Falle würde er genötigt sein, seinen Vertreter in Rom abzuberufen und sein Gebiet vom 3. Dezember ab als im Kriegszustand mit dem Königreich Italien feindselig anzusehen. (??)

Neugier. Das alberne Meddewesen in Deutschland, das Zehntausende von Schreibern beschäftigt und Millionen von Einwohnern plagt, ist eine Ueberflüssigkeit, die kriminalistisch noch nie genutzt und kulturell immer nur geschadet hat. Dein Porrier muß zum Beispiel wissen, wie du es mit der Religion hältst, das Fremdenbuch im Hotel hat viele schöne Spalten, und die verheirateten bayerischen Monarchisten behandeln augenblicklich alle Preußen als Ausländer, indem sie ihnen eine Reschpflicht auferlegen, die ungefähr an diejenige spionageverdächtiger Ausländer im Jahre 1914 erinnert.

Durch das ganze Getriebe der Papiervorlesungen in Deutschland geht der müßige Geist widerwärtiger Gesinnung des Obrigkeitstaates. Der schnauzbärtige Gen darm, der auf alten Bildern den armen Handwerksburschen anherrscht, ist kein Holzschnitt, sondern Wirklichkeit. Ganz abgesehen davon, daß zum Beispiel die Spalte „Religion“ nach der Reichsverfassung niemals ausgefüllt zu werden braucht (und es sind Fälle denkbar, wo einem sein protestantisches oder molchisches Religionsbekenntnis schaden kann) — ist dieser ganze Glaube an die allmächtige Wahrheit der Papiere überholt und lächerlich.

Wie entstehen sie denn?

Das Papier möchte ich in Deutschland sehen, das ich mit bel einigermassen guten Beziehungen nicht verschaffen kann. Es ist wie beim Militär: die ungeheuerlichsten Schutzvorschriften türmen sich vor Eintritt eines Erholungsurlaubes, vor Empfangnahme eines Paar Stiefelsohlen, vor Einklieferung in ein Genschungsheim auf. Und wie wurde es gemacht? War man geschickt und gut angegriffen, so sprach man mit dem, der solche Papiere ausstellen sollte, ein paar freundliche und manchmal auch inhaltschwere Worte — und siehe da: auf einmal hatte man alles.

Denn das weitläufige Werdwischen an der preußischen Korruption im Gegensatz zur russischen ist, daß sie verlogen legalisiert wird. Nach den Akten, Zeugnissen und Papieren ist immer alles in Ordnung. Aber wie die Papiere entstanden sind, danach fragt kein Mensch.

Die erzwungene Vorlage von Bescheinigungen und Zeugnissen ist, wäre sie nicht schädlich, beladenwerdend. Diese stumpfsinnige Bürokratie glaubt dem lebenden Steuerzahler nicht, daß er geboren ist. „Das kann jeder sagen!“ Papiere, Papiere! Drückt man früher einem Lieben Geforderten sanft die Augen zu, so schreiben sich heute die Familienmitglieder am Totenbett die Finger krumm, damit jeder Willkürherrscher von Affessor seine Schmeichelei auf dem Bureau auf vorfindet. Papier, Papier! Die Feldherren des grün-blauen Wachmeisters wälze sich höher, wenn er Papiere verlangen oder bestempeln darf. Man hat im großen und ganzen den Eindruck, in einem staatlichen Hengstgeist zu

leben: jedermann bekommt seinen Stempel auf den Hintern, und nur dann mag es ihm erlaubt sein, zu leben. Dieser von stellungsgeligen Offizieren und Großindustriellen terrorisierte Staat, der als „Republik“ firmiert, hat den Papierwahnsinn nicht abgeschafft, sondern zur Blüte gebracht.

Er ist aber nicht nur spähhaft. Er ist auch ungemein schmerzhaft. Kriegsverletzte können vor Kranzheil kreieren: wenn sie nicht ihre Papiere vorgelegt haben, dann sind sie, wie der Berliner so schön sagt, „Reese“. Mag doch so ein von Ludenborn ruinierter Stumpf von Amt zu Amt trauchen — Papiere, Papiere! Millionen, die nach Verdienst schreiben, bekommen keine Arbeit, aber vom Magistrat einen Fragebogen, auf dem sie zu beantworten haben: wo ihre Großmutter väterlicherseits die Windpocken auskurirt, und ob ihre Frau Tante mit mehr als drei Männern jährlich die Ehe gedrohen hat, und wann der älteste Sohn zum Offiziersstellmacher befördert worden ist. Ob das gehts nicht. Man muß sich nur diesen ganzen Irren einmal durchdenken: ein laiter und für seine Schreibarbeit überzahlter Affessor denkt sich ein Monstrum von Lüste aus, kratzt, er dafür Regierungsrat werden kann, und bedenkt nicht, daß die armen Menschen, die sie ausfüllen sollen, meist nicht die Tinte und niemals die Lust dazu haben. Aber es ist ein Papier zur Vorlage mehr da!

Der Papierwahnsinn schreckt vor nichts zurück. Lebensgefahr und Unfall gibt es für ihn nicht — Kassenarzt, Wachmeister und Regierungsassessor, bestechen um ihrem Schein und ihren Scheinen. Papiere, Papiere!

Der Glaube an den Stempel ist beinahe so groß wie der an den Militär. Und das will etwas heißen.

Ihr erobert in Papier, und bevor sich nicht alle — und nicht nur die Obrigkeit allein — von dem Glauben an diese Papiere freigemacht haben, wird dieses Land das am besten registrierte und das am schlechtesten regierte sein.

Lieben Freunde! Ihr habt politische Meddewormer, aber Stempelte Lebensläufe, Führungszeugnisse, Militärpässe, Bescheinigungen, Zeugnissen, Papiere, Papiere. . . . Wagt Ihr, was Ihr damit machen könnt?

Schnelbet sie sein häuberlich in vieredige handliche Blätter, steckt sie auf einen Nagel und — Wie?

Aust Hamjun, der Nobelpreisträger, ist dank seiner Unerschrockenheit das Ziel zahlreicher Ausfragungen gewesen. Eine dieser Gespräche dreht sich um den Betrag der Frauen in der Welt. Hamjun, der sich angeblich für die „Vielweiberei“ erklärt, äußert hierbei: „Ich will nichts mehr über Frauen schreiben. Sie sind zu bekannt.“ (Dabei heißt sein neues Buch „Die Frau am Meer“)

Reklame

Wir kommen allmählich zu der Einsicht, daß wir die Kommunisten und Reutommunisten bisher falsch beurteilt haben. Wir haben ihre Gefahren öfter als anmahend und großspurig bezeichnet, finden aber nun zu unserer Ueberraschung, daß grenzenlose Verschwendung dieser Leute zur Erde gereicht. Unter der klingenben Ueberschrift „Metallarbeiter für Ruß, gegen Glas“ brachte die „Rote Fahne“ gestern einen Bericht über eine Betriebsversammlung der Firma Koller, Maschinenfabrik, Christianiastraße. Nach eingehender Debatte wurde dort ein Bescheid angenommen, worin die Belegschaft die „Arbeitsgemeinschaft“ ablehnt und sich auf den Boden der dritten Internationale stellt. Kunststück! Selbstverständlich begrüßt die Belegschaft auch die Aufforderung zur Bildung einer dritten Gewerkschafts-Internationalen, da die Amsterdamer Richtung den Beweis gebracht hat, daß ihre Führer vollständig im Fahrwasser der Bourgeoisie segeln. Angesichts der Verschwendung des Londoner Gewerkschaftscongresses ist das eine freche Verleumdung. Vor allem aber verurteilen die Metallarbeiter der Firma Koller „auf das entschiedenste die Machinationen gegen den Kollegen Ruß“. Sie sprechen ihm ihr vollstes Vertrauen aus und geloben, ihn mit allen Kräften zu unterstützen.

Also ein Sieg der Richtung Ruß. Aber nur ein kleiner. Denn die Belegschaft der Maschinenfabrik von Koller beträgt im ganzen 60 Mann. 60 Mann von 100 000 organisierten Metallarbeitern in Berlin. Wenn man derartige Erfolge als große Siege unter fetter Ueberschrift in die Welt hinausbläst, so ist man wirklich durch grenzenlose Verschwendung ausgezeichnet oder aber man zeigt damit, daß man seiner Sache wenig sicher ist. Das letzte scheint uns der Fall zu sein. Aber gerade darum wird die Richtung Ruß mit ihrem ganzen Anhang einen erbitterten Kampf um die Befreiung der engeren Verwaltung des Metallarbeiterverbandes führen. Nachdem die Müller und Kalhahn ihre Position in der Münzstraße verloren haben, werden sie alles an die Eroderung des Metallarbeiterverbandes setzen. Sie wissen an die Eroderung des Metallarbeiterverbandes der Beherrschung der Berliner Gewerkschaftsbewegung nahezu gleichkommt. Ihr Bestreben ist es, von hier aus die zerschende Bewegung in die gesamte Gewerkschaftsbewegung zu tragen. Es ist uns bekannt, daß ihre Vorbereitungen zur Organisation eines kommunistischen Zellengebäudes bereits sehr weit fortgeschritten sind. Und dieses Gebilde stellt nicht nur die Organisation einer Opposition dar, sondern es ist so angelegt, daß eine Zusammenfassung von Abteilungen durch die Anschaffung von Sonderorganisationsjournen jeden Augenblick möglich ist.

Vielles freischaffte Vorgehen muß im Keime unterdrückt werden. Der Kampf um die Verwaltung im Berliner Metallarbeiterverband ist der Kampf um die Erhaltung der Gewerkschaftsbewegung schlechthin. Er muß daher auch von unseren Genossen mit der Ausbittung aller Kräfte geführt werden. Uns leitet nicht das Interesse einer Gruppe, nicht das Streben nach einer Machtposition, sondern das Interesse der Arbeiterklasse, das jeder Einsichtige in der Wahrung der Selbstlosigkeit unserer Organisationen erkennen muß.

Die Studien Friedrich Wilhelms

Der ehemalige deutsche Kronprinz hat nicht nur „autorisierte Kommentare“, die sich freudig der Aufgabe unterziehen, die Schicksale des Hohenzollernhauses zu rechtfertigen, sondern er hat auch ein Presseorgan. Er ist also mit allem Zubehör eines großen Gebieters ausgerüstet. Das Blättlein, das dem Kronprinzen zur Verfügung steht, war bisher der Öffentlichkeit völlig unbekannt, aber von nun an wird der Name der Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande in aller Munde sein. Dieses Blättlein schreibt über den ehemaligen Kronprinzen: „Von Abgeordneten der äußersten Linken im Reichstag ist dem Kronprinzen zugerufen worden, er solle arbeiten. Wenn diese Herren glauben, der Kronprinz faulenz in seiner Einsamkeit, dann irren sie sich gewaltig. Tagtäglich vertieft er sich in die volkswirtschaftlichen und politischen Fragen, von deren glücklicher Lösung das Weiterbestehen seines Vaterlandes abhängt. Alle Revolverkugeln auf diesem Gebiete preßt er gründlich, und die Leuchterungen seiner Ansichten darüber lassen darauf schließen, daß er die Materie gründlich bearbeitet.“

Also der Kronprinz arbeitet. Im Schmelze seines edlen Angeleits bereitet er sich durch wirtschaftliche und politische Studien an (brunnen.) „Aber was sollen die Männer tun?“ „Sie sollen zu sein“, antwortete Hansan. „Sie sollen, soviel sie können, für Deim und Kinder opfern, und wer keine Kinder hat, kann sich eines von der Straße nehmen. Da wir selbst nie erreichten, wovon wir einst träumten, so müssen wir den Kindern helfen, weiter zu kommen als wir selbst. Es gibt nichts anderes.“

Proletarisches Drama. Der Dichter Bruno Schönlank hat zwei revolutionäre Versbühnenspiele gedichtet („Erdbebung“, „Weißes Spiel“, „Brennende Zeit“). Tragödie in drei Aufzügen. Beide Werke bei A. Seehof u. Co., Verlag, Berlin.) Weich und aufblühend im Menschlichen, aber wuchtig im Bau, knapp im Ausdruck und stark in proletarisch-revolutionärer Gesinnung. Der festliche Charakter hat den dichterischen Wert nicht verflümmert. Die lyrisch-dramatische Form der Gedichte erwuchs aus der Erwägung antiker Vorbilder. Die Wiedergeburt alter Formen aus dem Geiste proletarischen Gemeinschaftsgefühls ist das Besondere und Neue dieser Dichtungen.

Im Lustspielhaus heißt der dort übliche Schwanz der Firma Arnold und Bach jetzt ganz willkürlich und nur zwecks klarer Titeländerung „Die schwebende Jungfrau“. Das biedere Publikum steht sie immer wieder gern, nämlich die heimlichen Seitenstücke alter Ehefäpkel, und Arnold Kiel hat sie nun einmal ohne höheren Erfolg zu seiner Spezialität erklärt. Er ist das Vergnügen des Abends, den Schwanz, dem sich auch die anderen Mitspielenden (samt einem echten Regisseur) lustig tummeln, kann man ihm schenken als des deutschen Spielers „Kunst“ und Weihnachtsgabe.

„Jenkeits“, Walter Hasenclevers Drama, wurde für die Kammerstücke des Deutschen Theaters in Berlin zur Aufführung erworben und kommt im Laufe des Jahres zur Aufführung. (Wohnungsvertrieb und Buchverlag Ernst Rowohlt, Berlin.)

Eine Kundgebung im Reichstagsgebäude zur Kot der deutschen Kunst veranstaltet die deutsche Kunstlergesellschaft am Sonntag, den 4. Dezember 1920, mittags 12 Uhr. Das Präsidium führt Professor Max Liebermann, — Redner sind: Professor Heinrich Stroemer für den Bund Deutscher Architekten, Hans Baumbach für die Maler und Professor Fritz Klimsch für die Bildhauer.

Die Walthalla-Theater beginnen am Sonnabend, den 4. d. M., die Walthalla-Aufführungen. Zur Erstaufführung gelangt das Märchen „Der kleine Däumling“ oder „Der böse Menschenfresser“. Anfang 4 1/2 Uhr. Kleine Eintrittspreise.

Das dritte Beethovenkonzert (fünfte und sechste Sinfonie und Beethovenkonzerte) mit dem Bläserorchester unter Leitung von Dr. Max Burkhardt, findet nächsten Sonntag, den 5. Dezember, namlich 4 Uhr, im Walthalla, statt. — In dem 11. Sonntagskonzert des Bläserorchesters, am 5. d. M., 7 1/2 Uhr, Bläserorchester, wird Lamborn als Solist mit. Dirigent: S. Meyrowitz.

scheinend darauf vor, die Geschicke „seines Vaterlandes“ wieder in die wohlgepflegte Hand zu nehmen. Der arme Mann! Es wird alles umsonst sein.

Die Krise im Ostasien. Japas meldet aus Colmar: In den Beberien im Bezirk von Colmar wird von jetzt an nur noch 32 Stunden anstatt 48 Stunden in der Woche gearbeitet. Die Arbeiter, die zum freien gezwungen sind, sollen als Entschädigung den vierten Teil ihres Lohnes erhalten. In den Spinnerereien führt man für den Augenblick keine Veränderungen ins Auge.

Die deutsche Saarnote abgewiesen. Der Vorkommerrat hat die Note der deutschen Regierung über die Verwaltung des besetzten Gebietes besprochen. Da diese Frage bereits von der alliierten Kommission behandelt wird und der Vorkommerrat sich nicht als eine Art Appellationsgerichtshof betrachtet, beschloß er, diese Note nicht in Behandlung zu nehmen. Ferner beschloß der Rat, daß die Grenzfeststellung des Saargebietes sofort wieder ausgenommen werden solle.

Bestfälle in Paris? Im französischen Senat wurde eine Interpellation über eine geheimnisvolle, aus dem Osten stammende Krankheit behandelt, die man in medizinischen Kreisen „Krankheit Nr. 9“ nennt. Man vermutet, es hier mit einer Art Pest zu tun zu haben. In der Aussprache stellte sich heraus, daß bereits 300 Patienten in den Krankenhäusern liegen. Die Krankheit verläuft nicht lebensgefährlich. Sie tritt besonders in den Gebenden auf, die mit Flüchtlingen aus dem Osten überschwemmt sind.

Note Tschischerins an England. Tschischerin hat wiederum eine Note an die englische Regierung gefandt. Er verlangt darin eine direkte und deutliche Antwort auf die Frage, ob es möglich ist, in nächster Zukunft, das Handelsabkommen abzuschließen und ob England bereit ist, in London irgendwelche anderen Friedensverhandlungen zu eröffnen. Falls dies nicht zuträfe, habe ein weiteres Bleiben von Krasin in London keinen Sinn.

Der Prinz-Prozess Neue Zeugenaussagen

Der Beginn der gestrigen Verhandlung verzögerte sich stark, da der Gerichtshof über umfangreiche Beweisunterlagen zu beraten hatte. Der frühere Verbindungsoffizier des Regiments Reichstag bei den Bolschewikern, G. S. S. A., befand, daß H. H. H., der Schwiegerjohn Scheidemanns, ihm gegenüber sich persönlich dahin geäußert habe, daß eine Bekanntschaft mit der Belegschaft Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgeübt sei. Gelegentlich einer Offiziersbesprechung im Reichstag habe er dasselbe erklärt und auf die Frage eines Oberleutnants Schröder nach näheren Einzelheiten geantwortet:

„Wenden Sie sich an Elarz.“

Den Namen Scheidemanns habe Hent nicht genannt. Er, Zeuge, habe dann auf Grund dieses Befehls seine Deute angewiesen, Liebknechts Wohnung zu bewachen, um ihn festzunehmen und ihn nach dem Reichstag zu bringen.

Dem darauf vernommenen Zeugen, Assessor Dr. Heymann, früheren Gerichtsoffizier des Regiments Reichstag, ist weder von der Ausübung einer Bekanntschaft, noch von einem derartigen Gerücht etwas bekannt. Er bekundet, daß ihm ein Mann namens Hensel als Leiter der Abteilung 14 im Reichstag, von der die Exekutivbeamten ausgesandt wurden, bekannt gewesen sei. Dieser habe erklärt, daß er dauernd in der Reichstagskammer zu tun habe.

Es folgt dann die Verlesung der Schriftstücke. Der verlesene Teil aus einer Broschüre, die Prinz im Gefängnis geschrieben hat, sowie die Kölner Aufzeichnungen des Prinz deden sich im wesentlichen mit den Angaben des Angeklagten über die Verhaftung Liebknechts und der Luxemburg sowie über das Aufheben des Nordbefehls bei dem Feldwebel v. Tostja. In dem dritten Schriftstück schildert Prinz seine Bekanntschaft mit Hensel in der Straßburg gegen Heinrich Elarz. Der Angeklagte erklärt hierauf, daß er die Darstellung seiner für Heinrich Elarz günstigen Aussage damals auf Veranlassung von Heinrich Elarz niedergeschrieben habe.

Der Zeuge Fritz Hent, der Schwiegerjohn Scheidemanns, der mit in der Leitung des Regiments Reichstag sah, erklärt: „Ich weiß von dem Nordbefehl nur vom Hörensagen. Ich habe auch wohl mit anderen Leuten über diesen Befehl gesprochen, aber ich habe nicht gesagt, daß mein Schwiegervater oder Georg Elarz ihn erteilt haben. — Zeuge G. S. S. A., einfallen: Das stimmt nicht. Hent hat mit mir wiederholt darüber gesprochen und hat zu mir, da ich es nicht glauben wollte, auch gesagt: Fragen Sie doch Elarz. Ich war mit Hent damals täglich zusammen, da wir fast immer an einem Zimmer arbeiteten. — Zeuge Hent: Ich halte das für ausgeschlossen.“

Bei der Vernehmung des Stadtmachers D. H. M. S. W. o. b. o. d. a., der in den Revolutionstagen des Polizeipräsidiums dort Arbeiter war und denselben Dienst wie der Angeklagte Prinz tat, kommt es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Zeugen und Heinrich Elarz. Swoboda stellt mit, daß er am Morgen nach der Verhaftung Liebknechts und Rosa Luxemburgs in der „Roten Fahne“ Prinz im Dienst abgelöst habe. Der Angeklagte teilte dem Zeugen die Vorkommnisse während der Nacht in der „Roten Fahne“ mit und zeigte ihm Papiere oder Befehle, die dem Feldwebel v. Tostja abgenommen worden waren. — Vors. Wachten Sie, daß damals

Befehle vorlagen, Liebknecht und Frau Luxemburg zu befehligen?

Zeuge: Jawohl, denn sie waren den Mehrheitssozialisten doch sehr hinderlich. Uns wurde im Polizeipräsidium mitgeteilt, daß im Reichstag der Parolebefehl ausgegeben war. Liebknecht und Luxemburg beiseite zu schaffen. — Staatsanw. Heyner: Das wurde Ihnen von Ihren Genossen erzählt? — Zeuge: Nein, von Leuten des Wachdienstes. — Staatsanw. Heyner: Das waren doch auch Ihre Genossen? — Zeuge: Für die Genossen danke ich. — Justizrat Werthauer: Haben Sie jemals Plakate gesehen, in denen zum Mord an radikalen Führern aufgefordert wurde? — Zeuge: Jawohl, mehrere derartige Flugblätter. Es hand auch darin, daß es eine ansehnliche Bekanntschaft dafür gebe. — Rechtsanw. K. B. 1: Wachten Sie, daß Herr Elarz mit den Oberbefehl im Regiment Reichstag hatte? — Zeuge: Selbstverständlich. Ich logte wiederholt zu meinen Genossen: Der hat doch überall keine dreifigen Finger zwischen. — Heinrich Elarz protestiert gegen diesen Ausbruch. — Zeuge: Sie werden das doch wohl nicht bestreiten wollen, Herr Elarz! Sie haben doch durch Ihre Machinationen versucht, auch unsere Soldaten auf Ihre Seite zu bringen.

Justizrat Werthauer stellt dann drei neue Beweisunterlagen, betreffend die Eidesfähigkeit des Zeugen Tostja, ferner einen sehr umfangreichen Antrag dahingehend, die Führer aller damals bestehenden militärischen Formationen darüber zu vernahmen, ob ihnen von einem Nordbefehl etwas bekannt gewesen sei. Schließlich bittet er um die Vernehmung Scheidemanns darüber, daß dieser zwar einmal mehrere Blanketten unterzeichnet, aber keine Blankounterschriften gegeben habe. — Rechtsanw. K. B. 1: Es genügt mir, daß der Vertreter des Herrn Nebenklägers selbst jagt, daß Herr Scheidemann derartige Blanketten aus der Hand gegeben hat. Herr Scheidemann ist über diesen Punkt in seiner Aussage zweifellos unvorsichtig gewesen. — Justizrat Werthauer: Herr Scheidemann hat durchaus vorsichtig ausgesprochen, denn er hat erklärt, daß er als Fallsbeauftragter keine Blankounterschriften gegeben hat. — Rechtsanw. Richter: Ich kann nicht behaupten, daß Herr Scheidemann in seiner Aussage sehr vorsichtig war, denn auch die Angaben, es sei ihm erst nach einem Jahr zu Ohren gekommen, daß man ihn mit dem sogenannten Nordbefehl in Verbindung brachte, stimmen nach den Befragungen vernehmbarer Zeugen nicht.

Das Gericht beschloß, die Beweisunterlagen des Justizrats Werthauer als unzureichend abzulehnen, und verlas die Sitzung auf Montag Morgen 9 1/2 Uhr.

Deutscher Krankenkassentag

Unter Beteiligung von mehreren Tausend Vertretern aller Krankenkasserverbände trat gestern ein allgemeiner deutscher Krankenkassentag im großen Saal des Lehrervereinshauses zusammen. Der Referent, H. Lehmann, Geschäftsführer des Hauptverbandes der deutschen Ortskrankenkassen, bezeichnete als Hauptziel der Krankenkassen die Befreiung der freien Arztwahl, die nach Ansicht der Krankenkasservertreter zu immer weiterer Ueberfüllung des Arzterberufes führen müßte und die angeblich Schuld an der unzulänglichen Behandlung der Kassennmitglieder, an dem hohen Kassentötenum, sowie der finanziellen Belastung der Kassen sein soll. Insbesondere wandte sich der Redner gegen den Leipziger Verband. Der Redner forderte weiter eine Reichsgebührenordnung für Ärzte, die bei Kassen nur die festgesetzten Mindestsätze liquidieren dürften. Auf den Standpunkt des Redners stellten sich auch die Vertreter der Gewerkschaften und Angestelltenverbände. Das Ergebnis der sehr eingehenden Diskussion fand in folgender Entschließung ihren Ausdruck:

Der schon Jahrzehnte währende, in den schroffen Formen geführte Kampf der Ärzte gegen die Krankenkassen hat in dem im Mai 1920 unter Vertragsbruch eingeleiteten allgemeinen Streik der Ärzte seinen Höhepunkt erreicht. Dieser Kampf schädigt die Volksgesundheit und die Krankenfürsorge aufs schwerste, insbesondere hindert er die allgemeine Einführung der freien ärztlichen Behandlung der versicherungsfreien Familienangehörigen.

Die wiederholten Versuche der Kasserverbände, durch zentrale Vereinbarungen den Frieden oder wenigstens ein erträgliches Verhältnis mit den Ärzten herzustellen, müssen als endgültig gescheitert angesehen werden. Der Ärzterverband ist nicht verträglich, weil die ihm angeschlossenen Ärztereinigungen vielfach die Gefolgschaft verweigern. Verfüllt erkennen die Ärzte von den Vereinbarungen oft nur das als hindernd an, was für sie günstig ist. Auch der Ärzterverband hält sich nicht an Vereinbarungen oder gibt ihnen eine Auslegung, die mit ihrem Wortlaut und ihrem klaren Sinn nicht zu vereinigen ist. Nach jeder unter den schwierigsten Verhandlungen und unter Drohungen der Ärzte zustande gekommenen Vereinbarung entstehen den Krankenkassen neue Schwierigkeiten, so daß sie nicht zur Ruhe kommen können.

Der Kernpunkt der Streitfrage liegt in der ungleichen Behandlung der Kassen und Ärzte durch das Gesetz. Das Gesetz gibt den Ärzten ein Monopol auf ärztliche Behandlung der Versicherten, überläßt es jedoch dem Ermessen der Ärzte, ob und unter welchen Bedingungen sie für die Kasse tätig sein wollen. Diese Monopolstellung wird von den Ärzten in rücksichtsloser Weise ausgenutzt.

Die heute versammelten Vertreter aller Kassentypen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, ohne Unterschied der parteipolitischen Stellung, fordern daher nachdrücklich den Schutz der Kassen durch die Gesetzgebung nach folgenden Grundzügen:

1. Die Vorangstellung der Ärzte muß befristet werden. Sobald bei den Kassen die ärztliche Versorgung gefährdet ist, müssen die Kassen ohne weiteres berechtigt sein, an Stelle der ärztlichen Behandlung eine Paraleistung zu gewähren. In Verbindung hiermit ist § 80 der Reichsgewerbeordnung dahin abzuändern, daß die Ärzte, wenn sie die Behandlung übernehmen, verpflichtet sind, Versicherte zu den Mindestsätzen der amtlichen Gebührenordnung für Ärzte zu behandeln.

2. Zur Verbesserung der Krankenbehandlung muß den Krankenkassen insbesondere die Errichtung von ärztlich geleiteten Behandlungsinstituten (Ambulatorien und dergl.) erleichtert werden.

3. Die Zulassung der Ärzte zur Kassentätigkeit muß nach dem Grundsatz der Bedarfsdeckung geregelt werden.

4. Zur Förderung eines gedeihlichen Zusammenwirkens sind Schiedsausschüsse bei den Versicherungsämtern, Schiedsämtern bei den Oberversicherungsämtern und in Zentralchiedsamt beim Reichsarbeitsministerium zu errichten.

Die geldliche Lage der Kassen ist infolge der gewaltigen Verteuerung aller Fürsorgeleistungen bedrohlich. Da aber die Höhe der Kassenausgaben von den Ärzten ausschlaggebend beeinflusst wird, richtet der Allgemeine Deutsche Krankenkassentag an Reichsregierung und Reichstag die dringende Bitte, die Arztfrage unverzüglich auf obiger Grundlage zu ordnen.

Groß-Berlin

Uchtung! „Freiheit-Abonnenten“!

Vorsicht beim Geldgeben! Einige von uns entlassene Zeitungsfrauen versuchen, bei ihren früheren Abonnenten Geld einzulagern, indem sie dafür eine selbstgeschriebene Quittung anbieten. Wir bitten unsere Abonnenten, den Betrag für das Abonnement nur gegen Abgabe der vom Verlag herausgegebenen feststehenden gedruckten Quittungen zu zahlen und alle anderen Quittungen zurückzuweisen.

Der ahnungslose Elternbeirat

Daß sich Elternbeiräte von den Bürgerkassen auch einmischen lassen, scheint folgender Fall zu beweisen: Ein Elternbeirat sandte an den Turnverein „Fichte“ nachstehende Entschuldigung:

„Gelegentlich des am 23. September im Stadion stattgefundenen Schauturnens von dem Magistrat aus veranstaltet, wurden von dem Turnverein „Fichte“ diejenigen Kinder, welche dem Verein angehören, durch die Monatschrift des Vereins aufzufordert, dem Schauturnen fernzubleiben.“

Da es sich im vorliegenden Falle um eine volkstümliche, unpolitische Veranstaltung handelte, dürfte die Handlungsweise des Turnvereins „Fichte“ lediglich auf falsche Informationen zurückzuführen sein.

Der Elternbeirat der 163. Gemeindeschule bittet in Zukunft bei derartigen Gelegenheiten sich mit der in Betracht kommenden Stelle, welche diese Veranstaltungen leitet, in Verbindung zu setzen, um über den Zweck der Veranstaltung unterrichtet zu sein.

Da dieses Schauturnen lediglich der körperlichen Erziehung unserer Kinder diene, liegt es im Interesse derselben, wenn derartige Unzuträglichkeiten in Zukunft unterbleiben.“

Unterfchrift.

Wir möchten der Mehrheit dieses Elternbeirats dringend raten, sich bei ähnlichen Anlässen doch lieber bei den Genossen von „Fichte“ zu informieren, damit sie von dem, was Arbeiterkindern dienlich ist, eine proletarische Auffassung bekommt. Denn der Magistrat war nur Kamengeber, Veranstalter dagegen die bürgerlichen Sportvereine, die die Rekrutendepots der Einwohnerwehren bilden. Das Fest sollte den zwar nicht ausgeprochenen Zweck erfüllen, die Kinder für diese gegen die Arbeiterklasse „neutral“ wirkenden bürgerlichen Sportvereine einzufangen. Das mußten die Genossen des „Fichte“, weshalb sie die Eltern durch das Blatt darauf aufmerksam machten.

Aber selbst wenn sie das nicht gemußt hätten, wäre es jetzt bewiesen, daß der Magistrat — und die in der Deutschen Turnerschaft organisierten Lehrer — sich hier einen patriotischen Nummel gefistet haben. Der Kuj und W. M. A. S. C. sollte mit schwarz-weiß-roten Fahnen, die Zeitung lag in den Händen bürgerlicher Turnlehrer — nicht der Schule! Das Turnen der Erwachsenen wurde nur von den bürgerlichen Sportlern ausgeführt! Das sollte jedem genügen, der noch proletarisches Empfinden besitzt, um seine Kinder davon fernzuhalten. So hat sich die Mehrheit dieses Elternbeirats — bestehend aus Rechtssozialisten und Demokraten — dazu hergegeben, ihre eigenen Kinder einem patriotischen Nummel mitmachen zu lassen, ohne es zu wissen. Wenn nun Demokraten und ihre rechtssozialistischen Helfershelfer das als „volkstümlich und unpolitisch“ ansehen wollen, ist das ihre Sache. Da auf unserem Boden lebenden Eltern müssen wir aber aufpassen, sich solche Rekrutenentwertung vom Halle zu schaffen. Ein Lehrer mit sozialistischem Empfinden hat den Eltern unserer Kinder im „Soz. Arbeiter“ nachstehende, aberzeugenwerte Worte zugerufen:

Proletarier, der du dich zum Sozialismus bekennt, willst du deine Mädchen und Jungen aus Gleichgültigkeit oder Nach-

